

# Riesauer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt  
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Verlagsamt  
Nr. 20.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 283.

Mittwoch, 6. Dezember 1911, abends.

64. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in der Expedition in Riesa 1 Mark 50 Pfg., durch unsere Träger frei ins Haus 1 Mark 65 Pfg., bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 65 Pfg., durch den Briefträger frei ins Haus 2 Mark 7 Pfg. Auch Monatsabonnements werden angenommen. Anzeigenannahme für die Nummer des Ausgabeblattes bis vormittags 9 Uhr ohne Gewähr.

Notationsdruck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Goethestraße 50. — Für die Redaktion verantwortlich: Arthur Pöhlert in Riesa.

Die Gemeindebehörden (in den Städten mit der revidierten Städteordnung die Stadträte, in den übrigen Städten die Bürgermeister und in den Landgemeinden die Gemeindevorstände) werden angewiesen, die Wählerlisten für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage

vom 14. Dezember 1911 ab anzulegen und dies gemäß § 8 des Reichstags-Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 (Bundesgesetzblatt Seite 145) und § 2 des Wahlreglements vom 28. Mai 1870 (Bundesgesetzblatt Seite 275) noch vor dem 14. Dezember 1911 ortsüblich bekanntzumachen.

In der Bekanntmachung ist die Auslegungsstelle angegeben und auf die Einspruchsfrist (§ 3 des Wahlreglements) hinzuweisen.

Dresden, am 4. Dezember 1911.

Ministerium des Innern.

Die Gemeinde Gröba hat beschlossen, den hinter den Flurstücken 51, 50, 49, 48, 47 und 46 hinfließenden Kirchweg Flurstück 491 des Flurbuchs für Gröba als öffentlichen Weg einzuziehen.

Dies wird mit dem Bemerkten bekannt gegeben, daß Einwendungen gegen diese Wegeeingziehung binnen drei Wochen, vom Erscheinen dieses Blattes ab gerechnet, hier anzubringen sind.

Großenhain, den 27. November 1911.  
632 e H.

Königliche Amtshauptmannschaft.

## Freibank Zeithain.

Morgen Donnerstag, den 7. Dezember, von nachmittags 1 Uhr ab, wird Schweinefleisch verkauft. Roh 40 Pfg., geflacht 30 Pfg. pro 1/2 kg. Der Gemeindevorstand.

## Vertikales und Sächsisches.

Riesa, 6. Dezember 1911.

—\* Die öffentliche Wählerversammlung, die gestern abend im Hotel Wettiner Hof von den rechtsstehenden Parteien abgehalten wurde, war sehr gut besucht. Der Reichstagskandidat der rechtsstehenden Parteien, Herr Kurt Freytag, ließ sich bei seinen Ausführungen über die wichtigsten Fragen der deutschen Wirtschaftspolitik von dem Bestreben leiten, förderlich auf die Verständigung zwischen Stadt und Land zu wirken. Redner erklärte, daß es ihm garricht einfallt, eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle zu fordern, und daß die deutsche Landwirtschaft mit ihm auf diesem Boden stehe. Auf der anderen Seite aber werde er nicht dazwischen liegen, daß die Zölle ermäßigt würden. Man sehe immer nur die Zölle, die unsere Landwirtschaft schützten, aber übersehe die Industriezölle. Die Frage der Schutzpolitik sei eine Zweckmäßigkeitsfrage. Es sei in der gegenwärtigen Zeit unmöglich, daß wir Zölle für Industrie und Landwirtschaft entbehren könnten. Sodann zeigte Redner an Vergleichen zwischen dem russischen und dem deutschen Bauernstand, dem italienischen und dem deutschen Arbeiter, daß der Schutz notwendig sei für unser deutsches Erwerbsleben und für den Kulturstand unserer deutschen Bauern- und Arbeiterklasse. Unsere Schutzpolitik sei nicht bloß den Interessen der Großen in unserer Landwirtschaft angepaßt. An der Hand statistischen Materials wies er nach, daß nicht der Großgrundbesitz, sondern der Bauernstand unser Vaterland mit Getreide versorge, daß also die Getreidezölle dem kleinen Landwirte zugute kämen. Die Getreidezölle herabzusetzen gehe nicht an, schon die trübsten Erfahrungen mit der Caprivischen Aera müßten uns davor zurückreden lassen. Redner zeigt dann, daß die Beseitigung der Futtermittelzölle sich für die kleinen Landwirte durchaus nicht so nützlich erweisen würde, wie von liberaler Seite behauptet werde. Auch das System der Einfuhrzölle bespricht Redner, wobei u. a. erwähnt, daß die Einfuhrzölle vom Liberalismus aufgebracht sind. In einem Kriege mit England werde es von großer Bedeutung sein, daß wir die Nahrungsmittel im eigenen Lande fänden. Deshalb sei es von höchster Wichtigkeit, daß wir unserer Landwirtschaft dazu verhelfen hätten, das Ertragnis eines jeden Hektars ganz wesentlich zu steigern. Aber eine Hand, die mühsam sich durchs Leben arbeiten müsse, könne natürlich diese Verbesserungen nicht vornehmen. Es müsse ein Betriebsüberschuß sich ergeben, damit immer wieder etwas in den Betrieb hineingesteckt werden könne. Die Landwirtschaft habe mitgewirkt an der Blüte der Industrie. Welche Millionen kämen unserer Industrie zugute durch Unternehmen, wie z. B. die Ueberlandzentrale Gröba. Auch an anderen Beispielen lasse sich zeigen, daß der Aufschwung der Landwirtschaft der Industrie gefolgt habe. Unter der Herrschaft unserer jetzigen Handelsverträge und des Schutzzölles habe unsere Industrie einen großen Aufschwung genommen. Seit 1902 hätten sich die gewerblichen und industriellen Betriebe Sachsens um mehr als die Hälfte vermehrt, die Bevölkerung sei nur um 10%, die Industriebevölkerung aber um 35% gestiegen. Unsere deutsche Industrie könne also das Feld ihrer Entwicklung nicht darin finden, daß die landwirtschaftlichen Zölle ermäßigt würden, dadurch würde die Landwirtschaft zwar geschädigt werden, aber der Brotpreis würde nicht sinken, da das Ausland das Getreide

sofort wieder an sich ziehen würde. Das Heil unserer Industrie zum Ausland liege in der Steigerung ihrer Produktionsbedingungen und in der Langfristigkeit unserer Handelsverträge. Redner bespricht dann die Wünsche, die er und seine politischen Freunde auf dem Gebiete der auswärtigen Politik für die Industrie haben und geht dann auf die Kolonialpolitik ein deren Wert für unsere Industrie in der Beschaffung von Rohstoffen liege. Wenn die Linksliberalen früher für Kolonialpolitik eingetreten wären, dann würden wir auf diesem Gebiete weiter sein und die deutsche Industrie hätte Baumwolle aus den Kolonien. Redner beschließt sich sohin mit der Arbeiterfrage und nimmt hierbei energisch Stellung gegen das Ueberhandnehmen der Streiks und gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Unsere Wirtschaftspolitik sei den Arbeitern insofern zugute gekommen, als sie die Unternehmer in die Lage versetzt habe, die von den Arbeitern geforderten höheren Löhne zu zahlen. Auch die soziale Gesetzgebung sei durch unsere Wirtschaftspolitik gefördert worden, wie sie auch unsere Arbeiterklasse vor den Folgen der Arbeitslosigkeit bewahrt habe. Nachdem Redner sohin noch für den Arbeitswichtigkeitschutz eingetreten war, wandte er sich dem Mittelstand, dem Beamtenstand und dem Privatbeamtenstand zu. Dem Mittelstand versprach er, daß er den Kampf gegen die Konsumvereine und Warenhäuser unterstützen werde. Der Linksliberalismus habe sich immer als Hemmschuhpartei gezeigt, wenn es galt, etwas für den Mittelstand zu schaffen. Die Interessen des Beamtenstandes werde Redner immer zu vertreten suchen, indem er Rücksicht nehme auf die steigenden Ansprüche des Lebens und auf den sinkenden Geldwert. Seine Ansicht über das Privatbeamten-Verordnungsgesetz kennzeichnete Redner dahin, daß man werde einmal darauf zukommen müssen, für möglichst kleine Leistungen möglichst hohe Versicherungssätze einzuführen. Zu begründen sei, daß durch das Gesetz endlich einmal ein Rechtsanspruch dieses starken Volksteils auf die Versicherung festgestellt worden sei. Zum Schluß erklärte Redner, daß er an die von ihm behandelten wirtschaftlichen Fragen mit dem Grundsatze herantreten werde: Gemeinsame Förderung und gemeinsame Rücksichtnahme. Den Ausführungen folgte dankbarer Beifall. — Die Debatte eröffnete Herr Gärtnermeister Stork, der für die Fortschrittliche Volkspartei sprach. Er stellte zunächst fest, daß auch die Liberalen stets für die Beamten eingetreten seien, nahm sohin die Arbeiterfrage, insbesondere ihr Verhalten bei Streiks, gegen die Ausführungen des Referenten in Schutz, bezeichnete die soziale Gesetzgebung als Menschenpflicht und als eine Notwendigkeit für ein Industrieland und trat für die Konsumvereine ein. Viele kleine Geschäftskente müßten sich sagen, daß, wenn die Konsumvereine nicht wären, wir vielleicht mehr große Geschäfte hätten. Herr Fleischer-Obermeister Fischer meint, die Fortschrittliche Volkspartei wolle nur, daß die anderen Verufe und Gewerbe denselben Schutz genießen sollten, wie die Landwirtschaft. Sie hielten es nicht für richtig, wenn das moderne Reich noch den veralteten Konsumvereinen Grundzinsen regelt werde. Redner sprach sohin gegen die Getreidezölle, die Ausfuhrprämien, die Grenzsperr für Vieh und die angeblichen Warenhäuser des Bundes der Landwirte. Den Referenten bat er, auch gegen die Auswüchse anzukämpfen, die sich bei den Molkerieen zeigten. Es sprach sohin noch ein Arbeiter, der zahlenmäßig zu beweisen suchte, daß eine empfindliche Steuerung herrsche, sich abfällig über die Finanzreform, das

Zentrum und unsere Sozialpolitik aussprach und erklärte, wenn die Nahrungsmittel billig seien, könne auch der Arbeiter billiger arbeiten. Der Referent sprach hierauf das Schlußwort, in welchem er u. a. betonte, daß eine Steuerung wohl bestehe, aber daß diese nicht durch die Schutzzölle verursacht sei. Es liege nicht an der Landwirtschaft, daß die Fleischpreise so hohe seien. Schuld sei die Steigerung des Grund und Bodens in den Städten. Ferner stellte er fest, daß Deutschland in den letzten Jahren steigende Mengen Getreide aus eigener Erzeugung zur Verfügung gehabt habe. Auch mit seinem Schlußwort erglente der Referent starken Beifall. — Die Versammlung erledigte kurz nach 12 Uhr ihr Ende. Sie hatte sich für die rechtsstehenden Parteien entschieden zu einem großen Erfolg gestaltet.

—\* Von einer Anzahl von Gemeindegliedern sind bisher vor Weihnachten stets der fleißigen Gemeindegliedern religiöse Mittel an Geld und Naturalien (Schwaren und auch Kleidungsstücke aller Art) für die Armen und Kranken der Gemeinde zur Verfügung gestellt worden. Wir werden gebeten, das mit dem Erlaßten bekannt zu geben, daß diejenigen, die der Gemeindegliedern solche Weihnachtsgaben freundlichst zugebacht haben, diese in den nächsten Tagen an die Gemeindegliedern abgeben müßten. Sie tun ein gutes Werk damit.

—\* Durch das Direktor W. Reinert'sche Ensemble gelangte gestern abend zum zweiten Male das Militär-Ausstattungsstück „Krone und Fessel“ von Walter Howard zur Aufführung. Das Stück mit seinen tragischen und anregenden Momenten ist so recht geeignet, die gespannteste Aufmerksamkeit wohl eines jeden Zuhörers von Anfang bis zu Ende wachzuhalten. Die Träger der Hauptrollen, Herr Hans Leyfald als rachsüchtiger Fürst Ulrich von Serbonien, sowie sein Rivale, Herr Heino Heuer als Leutnant Strahmeyer, ein armer, aber tüchtiger und geschätzter Offizier im Dienste des Fürsten, errangen sich ungeteilten, wohlverdienten Beifall. Der humane, menschenfreundliche Prinz Ottomar wurde von Herrn Harry Franke lobenswert wiedergegeben. Nicht minder Anerkennung fand Fräulein Tobscha durch ihre lebenswahre Darstellung des von herdem Geschick verfolgten jugendlichen Bruders des Leutnants Strahmeyer, der schließlich bis an sein jähes Ende in der Prinzessin Isis von Jbalia (Jenny Reif) eine hochherzige Wohltäterin fand, welche lehtere auch, nachdem sie den teuflischen Fürst Ulrich von sich gewiesen, dem von diesem zu Unrecht enteheten Leutnant Strahmeyer, nunmehrigen Offizier im Dienste des Prinzen Maurice von Montebello, die Hand fürs Leben reicht. Das sichere Gesamtspiel sowohl, als auch die Bühnen-Ausstattung sowie vor allem die eleganten Uniformen und Kostüme waren äußerst wirkungsvoll. Daß der Besuch der Vorstellung leider zu wünschen übrig ließ, ist wohl durch den nunmehr einsetzenden stärkeren Weihnachtverkehr zu erklären.

— Wird das „Bissener“ wieder billiger? Der Boykott des Bissener Bieres in Deutschland hat den Bissener Brauereien bereits ganz erheblichen finanziellen Schaden gebracht. Es sind daher Bestrebungen im Gange, die Biersteuerung wieder aufzuheben. Während im Oktober 1910 31 185 Hektoliter Bier in Jäzern aus Oesterreich-Ungarn in Deutschland eingeführt wurden, waren es im Oktober d. J. nur 22 217 Hektoliter, was einem Minus von 8908 Hektoliter entspricht. In Betracht kommt

H. Kuche. Spezial-Auschnitt der Rieba-Brauerei Leipzig.

Hotel und Restaurant „Thüringer Hof“, Gröba

(vormals Schöne Fremdenzimmer. Gartenschläger). Angenehmer Aufenthalt.